



Freitag, 18. November 2022 12h30

MEDIENMITTEILUNG

DIE NEUTRALITÄT DER SCHWEIZ IM MITTELPUNKT DER KOMMISSIONSDEBATTE

In Anwesenheit von Bundespräsident Ignazio Cassis befasste sich die Aussenpolitische Kommission des Ständerates (APK-S) mit dem Bericht des Bundesrates vom 26. Oktober 2022 in Erfüllung ihres Postulats **22.3385** «Klarheit und Orientierung in der Neutralitätspolitik». Im Lichte des Neutralitätsberichts befasste sich die Kommission insbesondere mit der Sanktionspolitik und mit dem Einsitz der Schweiz im Uno-Sicherheitsrat.

Die Kommission begrüsst den Bericht des Bundesrates, der die wesentlichen Herausforderungen der Neutralitätspolitik präzise zusammenfasst. Im Rahmen der Beratung stellte sie grundsätzlich fest, dass die Neutralität ein sicherheits- und aussenpolitisches Instrument der Schweiz darstellt, das zur Verteidigung der Interessen und Werte des Landes beiträgt.

Die APK-S diskutierte die Neutralitätspraxis und ihre Ausgestaltung im Lichte geopolitischer Entwicklungen. Dabei beleuchtete die Kommission die Neutralität unter dem Blickwinkel des Ukraine-Krieges und erörterte die Vereinbarkeit der Neutralität mit Wirtschaftssanktionen. Vor diesem Hintergrund lehnte die APK-S die Motion ihrer Schwesterkommission **22.3395** «Kohärente, umfassende und eigenständige Sanktionspolitik» einstimmig ab. Ihrer Ansicht nach ermöglicht das bestehende Embargogesetz bereits eine kohärente und eigenständige Sanktionspolitik. Somit lehnt die APK-S – auch nach den Beratungen zur Änderung des Embargogesetzes in der Herbstsession – eigenständige Sanktionen erneut ab.

Des Weiteren hat sich die APK-S eingehend mit den Abläufen und dem Einbezug des Parlaments im Hinblick auf den Einsitz der Schweiz im **Uno-Sicherheitsrat** auseinandergesetzt. Dabei thematisierte sie die Reformbestrebungen der Schweiz, insbesondere im Zusammenhang mit dem Vetorecht. Sie wird an einer ihrer nächsten Sitzung die Frage des Einbezugs des Parlaments bei aussenpolitischen Grundsatzentscheiden, namentlich bei der Schaffung eines neuen Sanktionsregimes oder der Ge-

nehmung militärischer Interventionen, nochmals vertiefen.

Weitere Themen und Beschlüsse

Die Kommission liess sich von Staatssekretärin Livia Leu über den Stand der **Sondierungsgespräche zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (EU)** informieren. Dabei erörterte sie mit Staatssekretärin Leu die dynamische Rechtsübernahme, die Streitbeilegungsmechanismen, die staatlichen Beihilfen sowie das öffentliche Beschaffungswesen. Die APK-S geht davon aus, dass der Bundesrat den sogenannten Europa-Bericht bis Ende Jahr verabschieden wird und hat deshalb die Motion

22.3871 «Sozialpartnerschaftliche Lösungen im EU-Dossier» auf eine nächste Sitzung verschoben.

Ferner informierte sich die Kommission über die **Lage im Iran** und diskutierte die Handlungsmöglichkeiten der Schweiz angesichts der Unterdrückung von Demonstrationen durch die iranischen Sicherheitskräfte. In diesem Zusammenhang beschloss sie mit 7 zu 4 Stimmen bei 2 Enthaltungen, eine Motion zur Unterstützung der iranischen Zivilgesellschaft anzunehmen (**22.4274**). Die Mehrheit der Kommission ist der Meinung, dass die Schweiz iranische Nichtregierungsorganisationen, die in den Bereichen Frauen- und Menschenrechte tätig sind, mit allen geeigneten Mitteln unterstützen soll. Der Hebel der Sanktionen wurde ebenfalls angesprochen, insbesondere mit Bundesrat Guy Parmelin, Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung. Die Kommission nahm dabei die Erwägungen des Bundesrates zu seiner Entscheidung, die Sanktionsreihe der EU nicht zu übernehmen, zur Kenntnis. Sie lehnte einen dementsprechenden Antrag auf eine Kommissionsmotion mit 8 zu 5 Stimmen ab.

AUTOR



APK-S
Sekretariat der Aussenpolitischen Kommissionen
CH-3003 Bern
www.parlament.ch
apk.cpe@parl.admin.ch

AUSKÜNFTE



Pirmin Bischof
Kommissionspräsident
Tel.: 079 656 54 20

Florent Tripet Cordier
Kommissionssekretär
Tel: 058 322 94 47